

Bei Nachnahmebestellungen, die in mehreren Kreuzbändern oder Postpaketen ausgeführt werden, ist es im Buchhandel handelsüblich, den Gesamtbetrag der Nachnahme auf eine Sendung zu legen. Eine Nachnahmesendung bietet keine größere Sicherheit als eine gewöhnliche Brieffendung.

(Mitgeteilt von Handelsrichter W o r m s -Berlin.)

Die vorstehenden Rechtsätze hat das Landgericht Berlin I in einem am 10. April 1923 verkündeten Urteil ausgesprochen. In dem Rechtsstreite handelte es sich um den Schadenersatzanspruch eines auswärtigen Bestellers gegen eine Berliner Buchhandlung. Der Kläger hatte im Jahre 1921 bei der beklagten Firma eine Anzahl von Blättern bestellt und gebeten, den Kaufpreis als Nachnahme zu erheben. Kurze Zeit nach der Bestellung traf beim Kläger ein Teil der bestellten Blätter in einer Rolle verpackt ein. Auf diese Bestellung hatte die beklagte Buchhandlung den Kaufpreis für die gesamte Bestellung als Nachnahme gelegt. Die übrigen bestellten Blätter will der Kläger nicht erhalten haben. Er erhob deshalb Klage auf Lieferung der fehlenden Blätter und auf Rückzahlung des auf die nicht eingetroffenen Blätter fallenden Betrags. Das angerufene Amtsgericht Berlin-Mitte wies den Kläger ab. Auf die eingelegte Berufung hat die zweite Instanz, das Landgericht I in Berlin, das Urteil des ersten Richters bestätigt unter folgender Begründung:

Durch die Aussage des Zeugen K. ist zur Genüge dargetan, daß die Beklagte die streitigen Blätter in zwei weiteren, nicht mit Nachnahme belasteten Kreuzbandpackungen an den Kläger abgesandt hat. Wollte der Kläger trotz dieser Aussage seine Behauptung, die Absendung sei unterblieben, aufrechterhalten, so hätte es näherer Darlegungen bedurft, die seine Annahme zu stützen geeignet erschienen. Da solche Darlegungen fehlten, vom Kläger augenscheinlich auch gar nicht vorgebracht werden können, war die Absendung als erwiesen anzusehen. Die beiden Sendungen können also, wenn der Kläger sie nicht erhalten hat, nur auf der Post verloren gegangen sein. Mit Recht aber weist der Vorderrichter darauf hin, daß bei einem Versendungskauf gemäß § 447 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Gefahr auf den Käufer übergeht, sobald der Verkäufer die Ware zur Post gegeben hat, und daß vorliegend von einer Anweisung des Käufers über die Art der Versendung, die nach § 447 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs eine Schadenersatzpflicht des Verkäufers begründen würde, keine Rede sein kann. Zutreffend ist in der gutachtlichen Äußerung der Handelskammer vom 23. März 1923 ausgeführt, daß das Verlangen, der Kaufpreis solle durch Nachnahme eingezogen werden, gewöhnlich nur der Beschleunigung und Vereinfachung der Geschäftserledigung dienen soll. Wenn der Kläger wirklich meinte, die Sendung als »Nachnahme« biete Gewähr für eine größere Sicherheit, und aus diesem Grunde Zusendung unter Nachnahme verlangen wollte, so hätte er, wie das Gutachten gleichfalls richtig hervorhebt, ausdrücklich verlangen müssen, daß sämtliche Blätter unter Nachnahme geschickt werden sollten. Übrigens wäre selbst dann der Schadenersatzanspruch des Klägers höchst zweifelhaft, da nach dem mehrfach erwähnten Gutachten, das auch in diesem Punkte unbedenklich zutreffend ist, eine Sendung unter Nachnahme keine größere Sicherheit erhält als eine gewöhnliche Brieffendung.

Eine ungerechtfertigte Bereicherung der Beklagten liegt nicht vor. Es handelt sich keineswegs um einen bedingten Vertrag, sondern die Vereinbarung, der Kaufpreis solle durch Nachnahme erhoben werden, ist eine Nebenabrede. Diese Nebenabrede hat die Beklagte erfüllt. Den Kaufpreis hat sie auf Grund des Kaufvertrags, an dessen Wirksamkeit nicht gezweifelt werden kann, erhalten.

Der Berufung des Klägers war somit der Erfolg zu versagen.

* * *

Das im vorstehenden Urteil erwähnte Gutachten der Berliner Handelskammer hat folgenden Wortlaut:

Im Buchhandel wird bei Nachnahmebestellungen, wenn die Sendung in mehreren Kreuzbändern oder Postpaketen erfolgen muß, handelsüblich die Nachnahme nur auf ein Kreuzband oder ein Postpaket gelegt. Eine Verteilung des Nachnahmebetrags auf jeden Teil der Sendung geschieht nur, wenn man es mit einem unzuverlässigen Kunden zu tun hat oder zu tun zu haben glaubt, weil ein solcher die mit Nachnahme belegten Teile der Sendung zurückzuweisen pflegt, die nachnahmefreien aber annimmt und die Eintreibung der Forderung dann

mit Schwierigkeiten verbunden ist. Ein Ersuchen, den Betrag als Nachnahme zu erheben, kann ohne ausgesprochene Absicht nicht dahin gedeutet werden, daß alle Waren unter Nachnahme gesandt werden sollten und zwar unter Nachnahme des Teilbetrags für jede Postsendung. Die Vorschrift einer Erhebung des Betrags durch Nachnahme bezweckt häufig nur eine Beschleunigung und Vereinfachung der Geschäftserledigung. Eine Nachnahmesendung reißt nicht sicherer als eine gewöhnliche Brieffendung. Dieser Erfolg wird erst durch »Einschreiben« oder »Wertangabe« gewährleistet. Erfahrungsgemäß gehen auch Nachnahmesendungen verloren. Die Post leistet dann trotz Quittung des Postamts über die Einlieferung durch den Absender keinen Ersatz, wenn die Nachnahmesendung nicht »eingeschrieben« oder mit Wertangabe belegt war.

Rabattvergütungen bei Postbezug von Zeitschriften.

(Siehe zuletzt Bbl. Nr. 177.)

Nachstehend eine weitere Zusammenstellung der der Redaktion des Börsenblattes direkt gemeldeten oder im Börsenblatt veröffentlichten Rabattvergütungen bei Postbezug (abgeschlossen am 14. August 1923):

Blätter, Fliegende. Braun & Schneider, München. Postrabattvergütung für August Mk. 3600.— pro Exemplar. Postquittungen sind den Postzetteln rückwärts aufzukleben oder vorher mit Stempel- und Ausdruck BNS einzufenden.

Frau, Die. F. A. Herbig in Berlin. Rabattvergütung bei Postbezug 25%.

Hilfe, Die. F. A. Herbig in Berlin. Rabattvergütung bei Postbezug 25%.

Klinik, Medizinische. Urban & Schwarzenberg, Berlin. Rabattvergütung für August Mk. 4000.—. Nach vorheriger Einsendung der Postquittung kann der Betrag durch die BNS verrechnet werden. Kunstwart und Kulturwart. Georg D. W. Callwey, München. Augustpreis 10 000 Mark ord., 6665 Mark bar (nachträglich erhöht). Da die Post nur 6000 Mark erhebt, kann eine Rabattvergütung für den August nicht stattfinden.

Malerzeitung, Deutsche, Die. Georg D. W. Callwey, München. Ausgabe A (Wochennummern der D. M.): August 9000 Mark ord., 6750 Mark bar; Ausgabe B (Monatsheft und Wochennummern): August 15 000 Mark ord., 11 250 Mark bar (beide Ausgaben nachträglich erhöht). Da die Post nur 9000 Mark, bzw. 6000 Mark erhebt, kann eine Rabattvergütung für den August nicht stattfinden.

Monatshefte, Süddeutsche. Süddeutsche Monatshefte G. m. b. H., München. Augustheft Gz. 0.50. Die Postabonnenten werden gebeten, den Unterschied zwischen dem Preis des Auslieferungstages und dem von der Post Anfang Juli einverlangten, heute viel zu niedrigen Preis von 6000 Mark nachzuzahlen. Um diesen Schwierigkeiten künftighin aus dem Wege zu gehen, muß der Preis für Postabonnements weiterhin besonders hoch angesetzt werden. Es liegt daher im Interesse glatter Abrechnung, statt durch Postabonnement beim Verlag direkt durch Posteinweisung zu bestellen.

Plutus. Plutus-Verlag, Berlin. Bezugspreise ab 1. Juli 1923: Vierteljährlich: ord. 100 000 Mark, bar 70 000 Mark, Einzelheft: ord. 20 000 Mark, bar 15 000 Mark. Sondervorzugspreis: für Mitglieder des Deutschen Bankbeamtenvereins, der Vereinigung der leitenden Angestellten in Handel und Industrie und der Vereinigung von Oberbeamten im Bankgewerbe: vierteljährlich ord. 75 000 Mark, bar 60 000 Mark. Auf Postabonnements werden 20 000 Mark für das Vierteljahr vergütet.

Reclams Universalium. Philipp Reclam jun., Leipzig. Preis für das erste August-Doppelheft 5600 Mark ord., 1—9 Expl. je 3600 Mark, 10 und mehr Expl. je 3300 Mark netto, für das zweite August-Doppelheft 32 500 Mark ord., 1—9 Expl. je 21 100 Mark, 10 und mehr Expl. je 19 500 Mark netto. Da die Post für beide Augusthefte nur 9000 Mark erhebt, wird der Differenzbetrag bei der Rabattierung der Postquittung mit verrechnet werden.

Umfchau, Die. H. Beshold Verlag, Frankfurt a. M. Der Augustpreis erhöht sich auf 25 600 Mark ord., 19 200 Mark netto. Postbezieher zahlen nur an den Verlag nach: 9600 Mark pro Exemplar.

Volkvereins-Verlag G. m. b. H. in M. - Gladbach. Auf alle Zeitschriften wird ein Rabatt von 25% gewährt, der durch die BNS erhoben werden kann.